

Pressemitteilung

UL unzufrieden mit der Bürgermeisterin

Informationen zur Bürgerbeteiligung an der Haushaltsberatung bisher unzureichend

Am 2.9.2010 verabschiedete das Stadtparlament mit den Stimmen von CDU, FDP, Grüne und Unabhängige Liste einen Beschluss zur Beteiligung der Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger an den Beratungen zu den Haushaltsplänen der Stadt Schwalbach. Die SPD stimmte dagegen, ihr ging der Beschluss nicht weit genug. Nach der SPD-Vorstellung sollte zuerst ein Konzept entwickelt werden.

Der gefasste Beschluss sah aber vor, dass die Bürgerinnen und Bürger Schwalbachs schon beim Haushalt 2011 beteiligt werden sollte. Nach der Einbringung sollte der Haushaltsplanentwurf

1. im Internet veröffentlicht werden,
2. im Rathaus zur Einsicht ausliegen,
3. durch eine begleitende Pressearbeit erläutert werden.

Ferner sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, schriftlich oder per Mail ihre Anregungen, Kritik und Vorschläge im Büro der Stadtverordnetenversammlung einzureichen. Diese sollten dann bei den Haushaltsberatungen einbezogen werden.

Am 23.09.2010 wurde der Haushaltsentwurf von Bürgermeisterin Christiane Augsburg im Stadtparlament eingebracht. Seit dem sind vier wertvolle Wochen vergangen, die zur Information der Bürgerinnen und Bürger hätten genutzt werden können. Bisher ist nur eine Pressemitteilung und diese erst am 20.10.2010 erschienen, mit dem Hinweis, dass der Entwurf des Haushaltsplans auf der Internetseite einsehbar ist und sich die Bürger beteiligen können.

Dies ist für die UL eindeutig zu wenig. Die Aufforderung zur Beteiligung an der Diskussion auf der städtischen Webseite wird nicht deutlich genug herausgestellt und bisher fehlt die den Haushaltsplan erläuternde begleitende Pressearbeit. Diese zurückhaltende Pressearbeit der Bürgermeisterin entspricht nicht dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und der diesen Beschluss begleitenden Diskussion zur Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger.

Die UL erwartet, dass die Bürgermeisterin den Beschluss des Stadtparlaments mit mehr Engagement umsetzt, ihrer Informationspflicht nachkommt, und dass der Abgabetermin für die „Anregungen, Kritik und Vorschläge“ vom 17.11.2010 auf den 25.11.2010 verlängert wird.

Siehe auch unsere Anfrage vom 31.10.2010.

f.d.R.

Günter Pabst, Fraktionsvorsitzender